

**Gesichtsstand
Gleiwitz**

Der Oberstaatsanwalt



Neueste, unparteiische Zeitung des Handelsvereins

33. *Wider* 901. *Wider* 902. *Wider* 903. *Wider* 904. *Wider* 905. *Wider* 906. *Wider* 907. *Wider* 908. *Wider* 909. *Wider* 910. *Wider* 911. *Wider* 912. *Wider* 913. *Wider* 914. *Wider* 915. *Wider* 916. *Wider* 917. *Wider* 918. *Wider* 919. *Wider* 920. *Wider* 921. *Wider* 922. *Wider* 923. *Wider* 924. *Wider* 925. *Wider* 926. *Wider* 927. *Wider* 928. *Wider* 929. *Wider* 930. *Wider* 931. *Wider* 932. *Wider* 933. *Wider* 934. *Wider* 935. *Wider* 936. *Wider* 937. *Wider* 938. *Wider* 939. *Wider* 940. *Wider* 941. *Wider* 942. *Wider* 943. *Wider* 944. *Wider* 945. *Wider* 946. *Wider* 947. *Wider* 948. *Wider* 949. *Wider* 950. *Wider* 951. *Wider* 952. *Wider* 953. *Wider* 954. *Wider* 955. *Wider* 956. *Wider* 957. *Wider* 958. *Wider* 959. *Wider* 960. *Wider* 961. *Wider* 962. *Wider* 963. *Wider* 964. *Wider* 965. *Wider* 966. *Wider* 967. *Wider* 968. *Wider* 969. *Wider* 970. *Wider* 971. *Wider* 972. *Wider* 973. *Wider* 974. *Wider* 975. *Wider* 976. *Wider* 977. *Wider* 978. *Wider* 979. *Wider* 980. *Wider* 981. *Wider* 982. *Wider* 983. *Wider* 984. *Wider* 985. *Wider* 986. *Wider* 987. *Wider* 988. *Wider* 989. *Wider* 990. *Wider* 991. *Wider* 992. *Wider* 993. *Wider* 994. *Wider* 995. *Wider* 996. *Wider* 997. *Wider* 998. *Wider* 999. *Wider* 1000.

Deutschland geht ab

Bei uns aufserdem Berliner Betreter

= Berlin, 25. Februar.

Im den politischen Kreisen ist es aufgefallen,
daß Reichskanzler Dr. Bethmann in seiner Rede vor dem
Festkarrétt der Presse nicht zur außenpolitischen
Sage gesprochen hat. Nach den Ankündigungen der
offiziösen Regierungskreise mußte man annehmen,
daß der Kanzler gerade wegen der außenpolitischen
Situation die Gelegenheit wahrnahm, öffentlich zu
sprechen. Man bringt die Zurückhaltung des Kanz-
lers jedoch in Zusammenhang mit den gegenwärtigen
in London und Paris im Gange befindlichen Unter-
handlungen und mit dem Bericht der deutschen
diplomatischen Vertreter aus den alliierten Haupt-
städten, die zur größten Reserve deutscher Inter-
essen mohnen. Es steht zweifellos fest, daß zwischen den
alliierten Regierungen noch keine Annäherung er-
folgt ist. England scheint sich sehr lebhaft für die
Hinziehung Deutschlands zu den Ab-
täufungsverhandlungen einzusezen, und zwar aus
eigener Initiative, da, wie schon gemeldet wurde,
die deutsche Regierung keineswegs gedacht hat, eine
Intervention Englands herbeizuführen. Auf der
anderen Seite hat die französische Regierung
das Bestreben, die Kontrollfrage mit dem Sicher-
heitsproblem zu verknüpfen und eine gleichzeitige
Bereinigung über beide Fragen herbeizuführen.
Um sich könnte Deutschland diesen Standpunkt ak-
zeptieren, wenn unabhängig davon die Rückung
der nördlichen Rheinlandzone auf Grund der Be-
stimmungen des Versailler Vertrages durchgeführt

Die Reichsregierung hält ihrerseits an dem Standpunkt fest, daß Deutschland Anspruch daran hat, bei den Verhandlungen der alliierten Regierungen über den Militärförderungsbericht gehört zu werden. Ohne eine aktive Beteiligung Deutschlands könnte in der Waffensfrage ebenso wenig ein Ergebnis erzielt werden, wie bei den Reparationsfragen, die auch nicht ohne Mitwirkung Deutschlands gelöst werden könnten. Es hat daher den Anschein, daß auf die amerikanische Diplomatie gegenwärtig bemüht ist, in diesem Sinne auf die alliierten Regierungen einzuhören. Wenn die aus Washington vorliegenden Meldungen zutreffen, so stellt sich die amerikanische Regierung auf den Standpunkt, daß die europäischen Großmächte alle bestehenden Streitfragen unter sich bereinigen müssen, wenn sie Wert darauf legen sollten, daß Amerika sich für die europäischen Angelegenheiten interessiert.

Der bisherige deutsche Botschafter in Washington, Dr. Wiedfeld, ist jetzt nach Berlin zurückgekehrt und hat der Reichsregierung über den Stand deutsch-amerikanischen Beziehungen ausführlich Bericht erstattet. Was der Botschafter über die Auffassungen der amtlichen amerikanischen Kreise hinsichtlich der Durchführung des Dawesplanes und der Gestaltung der politischen Beziehungen zu Deutschland zu berichten wußte, war durchaus befriedigend. Aus den Mitteilungen des Botschafters geht insbesondere hervor, daß die amerikanische Regierung trotz ihrer großen Zurückhaltung auch den denkbaren größten Wert auf eine friedliche Beilegung der Streitungsfrage legt und in diesem Sinne bestrebt ist, mit der Entente vermittelnd einzutreten.

Greiflicher Comptao

Preußische Zeitung

Das Blennum des preußischen Landtages tritt am 3. März zusammen, um die Interpellationen und Anträge zum Dokument der Grubenung für sie erledigen.

Am 4. März soll die Neuwahl des preußischen

Ministerpräsidenten erfolgen.

Der Vertreter des Berliner Polizeipräsidenten

Der Leiter der Deutsch-polnischen Gesellschaftsvereinigung

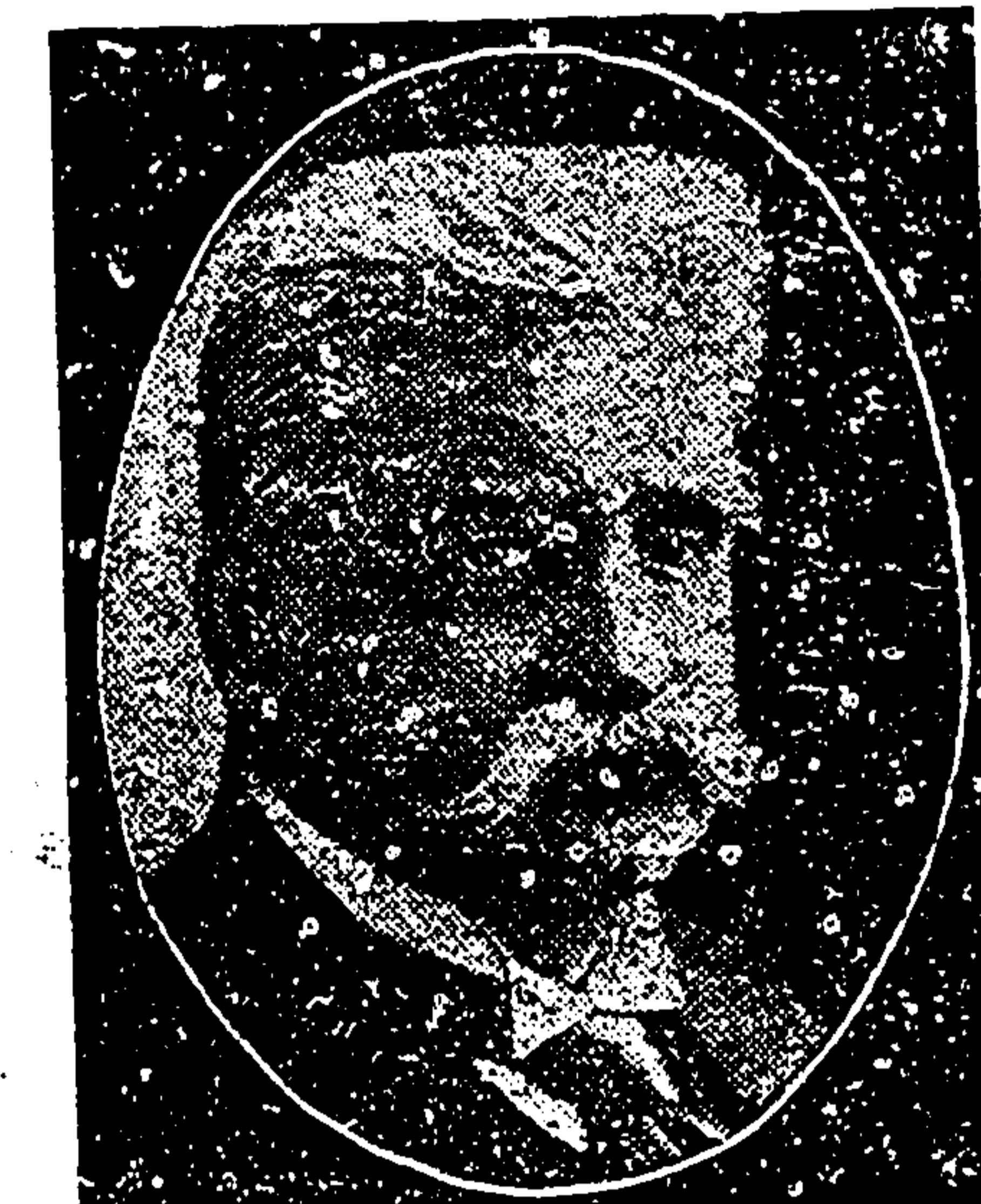
Wirtschaftsverhandlungen.

Sternung der preußischen Sitzfahrtspartei

Sigmar Branting

Zum Tode des schwedischen Sozialistenführers.
SS Gieith, 25. Februar.

Ein sozialistischer Führer von europäischer Bedeutung ist in Schweden gestorben, der ehemalige Ministerpräsident Branting, der erst vor kurzer Zeit aus Gesundheitsgründen von seinem hohen Posten zurückgetreten ist. Für sein Volk zum mindesten hat er die Bedeutung eines Bebel, eines Marx gehabt. Wie die meisten der bedeutenden Sozialistenführer ist auch er nicht aus dem Sieben des Proletariats herausgestiegen, sondern er existierte sogar einer höheren bürgerlichen Gesellschaftsschicht. Durch seine Mutter hat er sogar schwedisches Adelblut in den Venen. Seine Erziehung hat er auf



einer berühmten Stockholmmer Schule genossen, wo er Schulfreund des gegenwärtigen Königs von Schweden war. Reisen ins Ausland drängten ihn bald aus seiner eigentlichen wissenschaftlichen, akademischen Laufbahn heraus in die Politik und brachten ihn mit führenden Sozialisten Europas zusammen. Im Jahre 1866 begründete er die Zeitung „Sozialdemokraten“, die bald das maßgebende Parteiblatt wurde. Das Ergehen der sozialdemokratischen Bewegung in Schweden ist ganz überwiegend ein Erfolg der Lebensarbeit Brantings. Vieben der Parteiorganisation entwickelte sich auch unter seiner Zeitung die Gewerkschaftsbewegung in Schweden. In den Anfangsjahren seiner Tätigkeit hat er ins Gefängnis wandern müssen und zwar wegen seiner antireligiösen Betätigungen. Doch ist Branting keinesfalls ein zum Radikalismus neigender Fanatiker. Er ist von jeher der Geschäftlichkeit abgeneigt gewesen.

Nachdem Branting im Jahre 1896 als erster Sozialist in den schwedischen Reichstag gewählt worden war, konnte er im Jahre 1917 in das Finanzministerium eines liberal-sozialistischen Kabinetts eintreten. Mit Ende 1920 bildete er das erste Kabinett Branting, das aber noch im gleichen Jahre nach neuen Wahlen mit konservativem Erfolg zurücktraten mußte. 1921 bis August 1923 blieb das zweite Kabinett Branting am Ruder. Der Erfolg der letzten Wahlen führte von neuem, im Anschluß an den Kampf um die Heeresorganisation, einen sozialistischen Erfolg herbei.

sein Erfolg herbei.
Im internationalen Leben hat Branting ebenfalls bald eine bedeutende Stellung errungen. Im Gegensatz zu der Grundeinstellung des schwedischen Volkes ist aber Branting seit jeher deutschfeindlich gesinnt gewesen. Fest steht jedenfalls, daß Branting während des Krieges in das Heiligkreuz gegen den sogenannten deutschen Militarismus laut eingestimmt hat. Die Friedensfaküsse bedeuteten für ihn eine schwere Enttäuschung. Trotzdem hat er im Böllerbund sich stets voll und ganz auf den Boden von Genf gestellt und Deutschland zu bedenkgungslosem Eintritt in dieses Wachstuminstrument Frankreichs zu veranlassen gesucht. Auch in der Kürfrage hat er im Sinne internationalen Gerechtigkeitswillens völlig versagt und zu mindesten nichts gegen die Poincaré-Politik getan. Wir Deutschen haben in Schweden bei den Rechtsgruppen stets Verständnis, teilweise sogar begeisterte Freundschaft im Gefühl rassistischer Gemeinsamkeit gefunden. Von Herrn Branting und den Seinen ist uns nichts Gutes gekommen. Und daß dürfte für unsere Einstellung gegenüber dem Toten, dem wir im übrigen als politischer Verantwortlichkeit unsere Achtung nicht

Frankreich will in Marocco vorgehen